

Auf dem Weg zu einer fairen und resilienten Region Lübeck

Aus der Salon-Reihe abgeleitete Kriterien und was aus ihnen werden kann



Waldsalon, August 2021



Landwirtschaftssalon, Sept. 2021



Energiesalon, Sept. 2021

Von Eva Blaise und Uta von Winterfeld mit Adelheid Biesecker

Impressum

Herausgeber:

Projektverbund VorAB
www.vorab.online

Naturwald Akademie
Roeckstraße 40
23568 Lübeck
<https://naturwald-akademie.org>

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal
www.wupperinst.org

Lübeck und Wuppertal, März 2023

VorAB Diskussionspapiere sind eine fortlaufende Reihe von Projektveröffentlichungen, die auf der Projektwebsite erscheinen

Das Vorhaben VorAB wird mit Mitteln der Stadt-Land-Plus Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 033L220 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autorinnen.

Inhalt

Einleitung	3
Kriterien, Indikatoren und Nachhaltigkeitsziele	4
Ableitung von Kriterien	8
Wald	9
Landwirtschaft	11
Energie.....	13
Die Transformationsfelder übergreifend	15
Eher dem Status Quo verhaftet als transformativ? Kleiner Exkurs zu Indikatoren der SDGs 12 und 15.....	18
Kategorien	19
Kooperation	19
Responsivität	21
Konvivialität.....	23
Ausblick	25
Dank	27
Literatur	28
Internetquellen	29

Einleitung

Anliegen der drei Salons war, Erzählungen zu einem anderen Morgen in den Transformationsfeldern Wald, Landwirtschaft und Energie zu generieren. Dazu haben wir einen Tag mit Akteur*innen aus dem jeweiligen Feld verbracht. Wir haben sie nicht direkt gefragt, was für sie „Kriterien“ für eine faire und resiliente Region Lübeck sind. Vielmehr wollten wir erfahren, wie der Wald, die Landwirtschaft und die Energie morgen in der Region aussehen könnten und sollten; welcherart Vermarktung naheliegend ist (und welcherart nicht) und wie eine Politik von Morgen beschrieben werden könnte (Winterfeld 2022).

Gleichwohl lassen sich „Kriterien“ im Sinne von entscheidenden oder zentralen Merkmalen für sozial-ökologische Transformationsprozesse aus den Salons ableiten. Hingegen ist eine solche Ableitung mit Blick auf „Indikatoren“ deutlich schwieriger. Das liegt einmal daran, dass auf den Salons qualitativ und mit dem Ziel von Erzählungen gearbeitet worden ist. Es liegt aber auch daran, dass Indikatoren zumindest im engen Verständnis kaum zielführend sind. Beispielsweise ist von vielen Salonteilnehmer*innen die Frage von Kooperationen angesprochen worden. Daher halten wir „Kooperationsfähigkeit“ für ein zentrales Kriterium: Nachhaltige Regionalbeziehungen können nur im Zusammenhandeln entstehen. Hierbei, so Torsten Welle von der Naturwald Akademie während eines Verbundtreffens, würde es sich um einen Faktor, um eine Einflussgröße handeln. Ein Indikator wäre, die „Anzahl“ und gegebenenfalls die „Dauer“ der Treffen verschiedener Akteur*innen zu messen. Nun wäre aber ein solcher Indikator nicht in der Lage, etwas über Qualität und Inhalte solcher Treffen auszusagen. Daher brauchen wir ein weiteres Verständnis von Indikatoren. Ein solches wird vom „Forschungszentrum für Nachhaltigkeit“ (FFN) der Freien Universität Berlin wie folgt formuliert:

„Die rational-positivistische Funktion von Indikatoren als Instrument zur Vermittlung von Wissen in den Politikprozess ist eine von verschiedenen möglichen analytischen Herangehensweisen. Indikatoren können auch als konzeptionelle Hilfsmittel verstanden werden, d.h. als Mechanismen, um ein Problem zu beschreiben und zu einer geteilten Problemdefinition zu gelangen. Aus einer anderen Perspektive können Indikatoren auch als politische Instrumente zur Durchsetzung von Problemdefinitionen und Interessen verstanden werden. Die Auswahl eines bestimmten Indikators ist aus dieser Perspektive ein Mittel, um einzelne Aspekte eines Problems zu betonen bzw. deren Bedeutung zu mindern. Die Auswahl von Indikatoren ist entsprechend nicht eine Entscheidung, die ausschließlich auf wissenschaftlichen Kriterien beruht. Sie basiert auch auf Werten und Interessen der beteiligten Akteure.“ (siehe auch unter <https://www.polsoz.fu-berlin.de/pol-wiss/forschung/grundlagen/ffn/forschung/steuerung/indikatoren/index.html>).

Kriterien, Indikatoren und Nachhaltigkeitsziele

Aus den Salons ableitbare Kriterien münden unserer Einschätzung nach dennoch weniger in Indikatoren, vielmehr scheinen hinter den Kriterien „Kategorien“ im Sinne einer grundlegend anderen, transformativen Denk- und Anschauungsweise auf. Beispielsweise äußert ein Teilnehmer des Waldsalons, die Geschichte der „Industrie“ müsse umgekehrt erzählt werden: Nicht der Wald müsse liefern, was die Industrie braucht, sondern die Industrie müsse nehmen, was der Wald kann.

Um gleichwohl an die Indikatorenarbeit des Querprojektes Stadt-Land-Plus anzuknüpfen, beziehen wir die Kriterien zunächst auf die 17 „Nachhaltigkeitsziele“ (SDGs). Hierbei stellt sich allerdings heraus, dass die Nachhaltigkeitsziele einige Transformationsanliegen der Akteur*innen unzureichend abbilden. Ausgehend von unseren Transformationsfeldern sind die Nachhaltigkeitsziele 2 (Kein Hunger, Landwirtschaft), 7 (Bezahlbare und saubere Energie¹) und 15 (Leben an Land, Wald) zentral. Aktuell zeigt sich erstens, dass die Nachhaltigkeitsziele teils nicht erreicht werden (z.B. bei Nachhaltigkeitsziel 2, siehe auch Statistisches Bundesamt 2021, S. 15 u. 17). Zweitens spiegeln die Ziele selbst einige Transformationsanliegen unzureichend wider, weil sie wachstumsbasiert sind. Das trifft für Ziel 7 zu und ist in Ziel 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) explizit festgeschrieben. Viele Avantgardist*innen haben jedoch eine starke Suffizienzorientierung. Drittens sind die Ziele teils in sich selbst widersprüchlich, beispielsweise mit Blick auf das Naturverständnis bei Nachhaltigkeitsziel 15 (s.u., S. 10).

Mit Blick auf die Problemdimensionen von VorAB – Demokratie, Gerechtigkeit und Bewertung – liegen die Nachhaltigkeitsziele 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden), 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) nahe. Allerdings fällt das Anknüpfen an die Nachhaltigkeitsziele im Kontext unserer Problemdimensionen noch schwerer. Es könnte einen Zusammenhang dazu geben, dass dem Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes (es misst den Umsetzungsstand der Ziele, der letzte Bericht ist von 2021) zufolge, die angestrebte Umsetzung der Ziele bis zum Jahr 2030 bei gleichbleibender Entwicklung oft nicht erreicht werden kann. Es könnte aber auch daran liegen, dass es für die Anliegen der avantgardistischen Akteure bei den Nachhaltigkeitszielen keine politische Tür gibt, an die sie anklopfen könnten.

¹ Relevant ist auch Nachhaltigkeitsziel 13, Maßnahmen zum Klimaschutz. Im Zielkatalog sind neben der allgemeinen Reduktion der EU-internen Treibhausgasemission um 55% auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien (32% am Endenergieverbrauch bis 2030) und eine Erhöhung der Energieeffizienz um 32,5% enthalten (siehe unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/weltweit-klimaschutz-umsetzen-181812>). Die energiespezifischen Ziele sind jedoch nicht mit Indikatoren unterlegt. Vielmehr bezieht sich ein Indikator auf die Reduktion der Treibhausgasemissionen (das Unterziel ist bei Fortsetzung der jetzigen Entwicklung nicht erreichbar, siehe Statistisches Bundesamt 2021, S. 111) und ein weiterer auf die internationale Klimafinanzierung (Klimaschutz und Klimaanpassung). Da Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in den Indikatoren nicht abgebildet sind, sehen wir von einem weiteren Bezug auf Nachhaltigkeitsziel 13 ab.



Foto: Bundesregierung, siehe unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-verstaendlich-erklart-232174>

Mit Bezug auf Nachhaltigkeitsziel 11 kann ausgesagt werden, dass es sehr „stadtlastig“ ist und kaum Anknüpfungspunkte für ländliche Akteur*innen bietet. Unsere Akteur*innen sind meist im ländlichen Raum tätig, doch sie versorgen auch die städtischen Bereiche mit. Im Rahmen der Indikatorik zu Ziel 11 wird zwar die Flächeninanspruchnahme gemessen und festgestellt, dass sie derzeit stets zu Lasten der Landwirtschaft geht. Doch es wird nicht aufgezeigt, mit welchen politischen Instrumenten (wie z.B. ein Flächenkataster für die Landwirtschaft) dem begegnet werden könnte oder sollte und welche zivilgesellschaftlichen Initiativen es dazu gibt. Ziel 11 handelt somit vor allem von einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklungspolitik. Damit aber haben avantgardistische Anliegen

beispielsweise an Transformationsfähigkeit von Politik, an ökologische Gerechtigkeit und Gerechtigkeit zwischen Stadt und Land oder an die Wertschätzung lokaler Hölzer und Lebensmittel kaum Platz im Ziel 11 der Agenda 2030.

Im Kontext von Demokratie und Gerechtigkeit könnte das Nachhaltigkeitsziel 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ einen politischen Kontext für avantgardistische Akteur*innen darstellen. Dies trifft insbesondere auf das Unterziel „Friedliche und inklusive Gesellschaften schaffen“ zu (siehe auch <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/institutionen-foerdern-199866>). Zur Weiterentwicklung dieses Unterziels könnten die Avantgardist*innen viel beitragen. Es wird aber auf der Indikatorebene nicht abgebildet. Hier werden nur drei der sechs Unterziele erfasst: Alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen (Indikator 16.1, Straftaten); Korruption bekämpfen (Indikator 16.3) und illegale Finanz- und Waffenströme verringern (Indikator 16.2). Diese Zielauswahl und die zugrunde gelegten Indikatoren weisen darauf hin, dass hier sicherheitspolitische Aspekte gegenüber integrativen und sozialpolitischen Aspekten deutlich dominieren. Auch hierin liegt ein Grund dafür, dass die avantgardistischen Akteur*innen keine politische Tür haben, an die sie anklopfen könnten.

Schließlich könnte Ziel 17, „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ einen Anknüpfungspunkt darstellen. Partnerschaften, Vernetzungen und Kooperationen sind für das Zusammenhandeln der regionalen Akteur*innen sehr wichtig. Doch Ziel 17 spielt räumlich auf einer sehr abstrakten, auf der globalen Ebene. Es ist eher mit Entwicklungszusammenarbeit als mit Regionalentwicklung verknüpft. Die Beseitigung von Hunger und Armut, fairer Handel, sauberes Wasser oder Klimaschutz „können nur durch eine starke weltweite Partnerschaft erreicht werden“ (siehe auch <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/globale-partnerschaften-1140096>). Die Indikatoren messen entsprechend den Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonational-einkommen (Indikator 17.1), die Anzahl der Studierenden und Forschenden aus Entwicklungsländern (17.2) und die Einfuhren aus am wenigsten entwickelten Ländern (17.3). Ein nationaler Bezug wird in einem Kasten über einen Tipp hergestellt: „Verbraucher“ können sich für fair gehandelte Produkte entscheiden und damit die Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Entwicklungsländern verbessern (Nachhaltiger Warenkorb). Weitgehend ausgeblendet bleibt die deutsche Produktionsseite. Die zentrale Schwäche liegt jedoch auf der räumlichen Ebene. Im Unterschied zur Agenda 21 ist die Agenda 2030 auf der lokalen Ebene weniger verankert. Zwar wird 2017 betont, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sei nicht ausschließlich eine Bundesangelegenheit. „Mehr als 60 Städte, Kreise und Gemeinden, von Freiburg im Süden bis Kiel im Norden, ... haben bisher eine Musterresolution des Deutschen Städtetages unter dem Titel „Agenda 2030 für

Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet.“ (siehe Martens 2017 unter <https://www.2030agenda.de/de/publication/agenda-2030-kommunal>). Inzwischen haben mehr Kommunen und Gemeinden unterzeichnet, doch gibt es auf der dazugehörigen Karte große Leerstellen – so hat in ganz Mecklenburg-Vorpommern nur eine Gemeinde unterzeichnet, und diese liegt außerhalb der VorAB-Projektregion (siehe auch <https://skew.engagement-global.de/zeichnungskommunen-agenda-2030.html>). Ein Blick auf die Internetseiten der Kreise und Städte zeigt außerdem, dass auch das Unterzeichnen kein wirklich starkes Indiz für eine kommunale Erdung der Nachhaltigkeitsziele ist.

Insgesamt stellen die Nachhaltigkeitsziele somit eher keinen aktuell positiven „avantgardistischen“ Bezugspunkt dar. Umgekehrt können aber die avantgardistischen Akteure*innen durch ihr transformatives Handeln die Umsetzungsproblematik der SDGs wie in einem Brennglas bündeln, z.B. im Hinblick auf Überkomplexität, schwierige Nachweisbarkeit der Zielerreichung, konfligierende politische Zielsetzungen in der Region oder mangelnde strukturelle Unterstützung. In der wissenschaftlichen Debatte gibt es zudem die Einschätzung, dass der transformative Effekt der Agenda 2030 bislang sehr gering war (Biermann et al. 2022). Die Bilanz im „Sustainable Development Report“ von 2022 fällt positiver aus, doch ist auch hier nachzulesen, dass die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele seit 2019 stagnieren oder leicht rückläufig sind (Sachs, Lafortune, Kroll, Fuller, Woelm 2022, S. 10). Ein Grund wird darin gesehen, dass die aktuellen und unmittelbaren, multiplen und simultanen Krisen (Klima- und Biodiversitätskrise, pandemische bzw. Gesundheitskrise, militärische Krise und Krise des Zugangs zu bezahlbarer Energie...) die politische Aufmerksamkeit von langfristigen Nachhaltigkeitszielen abziehen (ebenda, S. 5). In interpretierenden Zusammenfassungen des Berichts wird noch deutlicher formuliert:

„The report shows that the SDGs are in grave jeopardy due to multiple, cascading and intersecting crises, predominated by COVID-19, climate change and conflict. They impact all the SDGs, creating spin-off crises in food and nutrition, health, education, the environment, and peace and security. This confluence of crises threatens not only the achievement of the SDGs, but our very own survival.“ (<https://unsdgaction.medium.com/sdg-report-22-8df94729a0fd>).

Interpretierend wird zugleich die Frage aufgeworfen, ob den Zielen selbst eine fehlende Robustheit und Resilienz gegenüber Krisen innewohnt (so in einem Forum zu den Nachhaltigkeitszielen am Wuppertal Institut am 31. August 2022). Trotz der Kritik herrscht Übereinstimmung darin, wie wichtig es ist, mit den Zielen weiter zu arbeiten. Womöglich wäre hilfreich, wenn sie kommunal stärker geerdet und auch für die avantgardistischen Anliegen kommunaler und regionaler Akteur*innen eine Plattform und ein Gelegenheitsfenster darstellen könnten. Denn dann könnten die Ziele auch von der Basis her präziser formuliert, den regionalen Anforderungen entsprechend ausgestaltet, mit Indikatoren unterlegt und damit zugleich wirkmächtiger werden.

Ableitung von Kriterien

Die für unsere Ableitung der Kriterien erstellte Matrix versucht erstens, die drei Transformationsfelder mit den drei Problemdimensionen von VorAB (Demokratie, Gerechtigkeit und Bewertung) zu verknüpfen und sie zweitens auf die Nachhaltigkeitsziele zu beziehen.

Aus den Salons abgeleitete Kriterien für eine faire und resiliente Region Lübeck				
	Demokratie	Gerechtigkeit	Bewertung	Bezug zu Nachhaltigkeitszielen (SDGs)
Wald				
Landwirtschaft				
Energie				
übergreifend				

Wald

Im Transformationsfeld *Wald* liegen Kriterien einer *Demokratie* für eine faire und resiliente Region Lübeck auf drei Ebenen. Auf der Ebene des politischen und sozialen Handelns ist das Kriterium der *Kooperationsfähigkeit* (auch im Sinne des Zusammenhandelns regionaler Akteur*innen) von hoher Bedeutung. Auf der Ebene der politischen Kultur geht es um die *Transformationsfähigkeit* der Politik selbst. Auf den Wald bezogen wird hier insbesondere die Veränderung der – bislang immer noch preußisch-militärischen – Organisationskultur angesprochen, gerade auch mit Bezug auf das Elementare, auf Wald, Boden und Wasser. Schließlich lässt sich *Strategiefähigkeit* als Kriterium benennen. Gemeint ist so etwas wie eine politische Raison der Holznutzung, die sich in einem übergeordneten Konzept niederschlägt und der es gelingt, die Holzverwendung von wirtschaftlichen Interessen und individuellen Konsumententscheidungen zu entkoppeln.

Das zentrale Kriterium für *Gerechtigkeit* ist ein verändertes gesellschaftliches Naturverhältnis, das sich auch in anderen Mensch-Mensch und Mensch-Natur-Beziehungen niederschlägt. Dies kann als *Empathiefähigkeit* im Sinne eines ökologischen Gerechtigkeitsansatzes bezeichnet werden. Natur und Wald werden als Subjekt konzipiert, die Gesellschaft orientiert sich an dem, was Natur braucht und kann.

Bewertung wird von den Waldakteur*innen weit gefasst und nicht primär als ökonomisch und sich in Preisen ausdrückend angesehen. Erstes Kriterium für eine faire und resiliente Region Lübeck ist die Wertschätzung regionaler Hölzer, die mit dem Aufbau entsprechender regionaler Verarbeitungsstrukturen verknüpft sein muss. Ein zweites Kriterium ist ein Verständnis oder eine *Betrachtung von Wald als Ökosystem*. Damit ist verbunden, dass der Prozessschutz des Waldes in Wirtschafts- und Nutzungskonzepte integriert werden muss. Als drittes Kriterium wird die *Verankerung ökologischer Handlungskonzepte in der Ausbildung* genannt. Auf der Zielebene ist zum einen die *Steigerung der Effizienz im Umgang mit Holz* bedeutsam (z.B. Kaskadennutzung), zum anderen wird die *Diversifizierung der Anwendungsfelder für verschiedene Holzsortimente* angesprochen.

Bezüge zu den Nachhaltigkeitszielen sind in mehrfacher Hinsicht gegeben. Doch aus unseren Darlegungen im vorangehenden Abschnitt folgt, dass sie eher hypothetisch sind. Ziel 15, *Leben an Land*, enthält zwar die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern, bleibt auf der Zielebene aber sehr allgemein und erwähnt die naturnahe Waldwirtschaft nicht. Auch ist wie erwähnt das Naturverständnis in Ziel 15 widersprüchlich und schwankt zwischen allgemein erwähntem Eigenwert der Natur und instrumentellen Vorstellungen von Natur als Ressource für menschliche Anliegen und Bedürfnisse (siehe unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/leben-an-land-1642288>). Zudem fehlt in den Indikatoren zu Ziel 15 eine Bewertung der Qualität nachhaltiger

Waldbewirtschaftung, wenn vor allem auf die bestehende oberirdische naturnahe Waldbiomasse geblickt wird (Indikator 15.2.1). Bei *Demokratie* und *Gerechtigkeit* gibt es Bezüge zu den *Nachhaltigkeitszielen 16, Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen* und *17, Partnerschaften zur Erreichung der Ziele* (in Anlehnung an Kooperationsfähigkeit). Beziehungsweise es könnte sie geben, wenn Ziel 16 weniger sicherheits- und stärker sozialpolitisch angelegt wäre und in Ziel 17 die kommunal- und regionalpolitische Umsetzung der Agenda 2030 eingeschrieben wäre. Schließlich gibt es mit Blick auf *Bewertung* einen sehr schwachen Bezug zu *Nachhaltigkeitsziel 11, Nachhaltige Städte und Gemeinden* und zu Nachhaltigkeitsziel 12 (s.u., S. 17 und S. 19). Die schwache Ausprägung bei Ziel 11 hängt damit zusammen, dass es trotz Erwähnung der Gemeinden eher stadtfixiert ist. Stadt-Land-Beziehungen sind daher mit diesem Nachhaltigkeitsziel schwer zu fassen.

In die Matrix eingetragen ergibt sich folgende Abbildung:

	Demokratie	Gerechtigkeit	Bewertung	Bezug zu Nachhaltigkeitszielen (SDGs)
Wald	<p>Kooperationsfähigkeit (Zusammenhandeln regionaler Akteur*innen)</p> <p>Transformationsfähigkeit (der Politik mit Blick auf die Veränderung der – jetzt preußisch-militärischen – Organisationskultur, v.a. mit Blick auf das Elementare, auf Wald, Boden und Wasser)</p> <p>Strategiefähigkeit in Bezug auf ein übergeordnetes Konzept für die Holznutzung (um die Holzverwendung von wirtschaftlichen Interessen und individuellen Konsumententscheidungen zu entkoppeln)</p>	<p>Empathiefähigkeit (im Sinne ökologischer Gerechtigkeit, v.a. in Bezug auf Natur. Natur und Wald als Subjekt, sich an dem orientieren, was Natur braucht und kann)</p>	<p>Wertschätzung regionaler Hölzer und Aufbau der entsprechenden Verarbeitungsstrukturen</p> <p>Betrachtung von Wald als Ökosystem und Etablierung von in Wirtschaftskonzepten integriertem Prozessschutz</p> <p>Ziel einer Steigerung der Effizienz im Umgang mit Holz (Kaskade) und Diversifizierung der Anwendungsfelder für verschiedene Holzsortimente</p> <p>Grad der Verankerung ökologischer Handlungskonzepte in Ausbildung</p>	<p>Allgemein: 15 (Leben an Land)</p> <p>Demokratie und Gerechtigkeit: 16 (Friede, Gerechtigkeit, starke Institutionen) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele); die avantgardistischen Anliegen werden jedoch in den Zielen nicht abgebildet.</p> <p>Bewertung: 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden, jedoch schwacher Bezug bzw. wird durch die SDGs nicht abgebildet)</p>

Landwirtschaft

Ähnlich wie beim Wald wird auch in der Landwirtschaft das Kriterium Kooperationsfähigkeit im Kontext von *Demokratie* genannt. Es wird jedoch anders gefasst und meint nicht die Kooperationsfähigkeit von Avantgardist*innen untereinander. Vielmehr geht es um die *Kooperationsfähigkeit der Politik selbst* und insbesondere ihres ausführenden Organs: der Verwaltung. Kritisiert wird eine Mentalität der „kleinen Herrscher“, als transformativ weiterführend gilt hingegen die Kooperationsfähigkeit der Verwaltung mit den Akteur*innen. Weiter wird ein eigentlich der „Bewertung“ angehörendes Kriterium auf Demokratie bezogen, weil es einer Politik von Morgen und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit angehört: Die *Bewertung regionaler, nachhaltiger Lebensmittel als Teil der Daseinsvorsorge*. In diesem Zusammenhang werden auch ein Schutzstatus und ein Kataster für landwirtschaftliche Flächen angeführt.

Kriterien für *Gerechtigkeit* werden erstens in Verbindung mit *Ungerechtigkeiten im Umgang mit großen und kleinen Betrieben* genannt. Positiv werden *der Schutz, die Unterstützung und die Anerkennung der Nahversorgungsleistungen der Kleinen* angeführt. Ein weiteres Gerechtigkeitskriterium bezieht sich auf den Bereich von Infrastrukturen und den politischen Willen zur Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu nachhaltigen Produkten für alle Menschen (auch auf dem Land!).

Auch die landwirtschaftlichen Akteur*innen sprechen im Kontext von *Bewertung* kaum ökonomische Kriterien im engeren Sinne des Marktes und der Preisbildung an. Vielmehr geht es auch hier erstens um Wertschätzung, gemeint als gesellschaftliche Wertschätzung der Gemein- und Naturwohlleistungen. Anstelle höherer Preise wird eine öffentliche Finanzierung mit diesem Kriterium verbunden (siehe hierzu auch Biesecker, Wiesler-Trapp und Winterfeld 2022). Als Voraussetzung für Transformationsprozesse im Bereich von Bewertung und Wertschätzung werden *Persönliche Beziehungen/Kontakte zwischen Konsument*innen und Produzent*innen* angesprochen. Die Wertschätzung für nachhaltige und regionale Lebensmittel ist eine andere, wenn bekannt ist, woher sie kommen und wer sie erzeugt. Ein weiteres Kriterium der Wertschätzung von Lebensmitteln liegt für die Salonteilnehmenden in der *Zielsetzung einer Verringerung von Lebensmittelverschwendung*. Schließlich wird auch hier der Grad der Verankerung ökologischer Handlungskonzepte in der Ausbildung genannt.

Die *Bezüge zu den Nachhaltigkeitszielen* sind ähnlich wie beim Wald. Auf der allgemeinen Ebene liegt der Bezug bei Nachhaltigkeitsziel 2, kein Hunger. Das Problem liegt hier nicht vor allem auf der Zielebene (die beispielsweise eine Einschränkung des Flächenverbrauchs und eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft vorsieht), sondern auf der Umsetzungsebene bzw. darin, dass dem Indikatorenbericht zufolge die Ziele bis 2030 nicht erreicht werden. Bei *Demokratie* spielen in Anlehnung an „Kooperationsfähigkeit“ ebenfalls zum einen das *Nachhaltigkeitsziel Ziel 16* (Friede, Gerechtigkeit, starke Institutionen – wobei hier „nachhaltig“ und „empathiefähig“ wohl treffendere Qualifizierungen der Institutionen sind als „stark“) und zum anderen Ziel 17 (Partnerschaften zur Erreichung

der Ziele) eine Rolle. Bezogen auf *Gerechtigkeit* kann ein Bezug zu *Nachhaltigkeitsziel 11* (Nachhaltige Städte und Gemeinden) hergestellt werden, doch ist auch hier der Bezug eher schwach. Der Grund dafür liegt weniger in der Stadtfixierung als darin, dass der lokale Bezug wie mehrfach erwähnt hier nicht zureichend ist. Vielmehr müssten auch die anderen Politikebenen, insbesondere die kommunale und regionale, einbezogen sein. Aus ähnlichen Gründen gibt es mit Blick auf *Bewertung* einen jeweils schwachen Bezug zu den *Nachhaltigkeitszielen 16 und 11*. Ein Bezug zu *Nachhaltigkeitsziel 8* (Menschenwürde, Arbeit und Wirtschaftswachstum) wäre möglich, scheitert aber an der Wachstumsfixierung des SDG.

In die Matrix eingetragen ergibt sich folgende Abbildung:

	Demokratie	Gerechtigkeit	Bewertung	Bezug zu Nachhaltigkeitszielen (SDGs)
Landwirtschaft	<p>Kooperationsfähigkeit der Verwaltung (mit den Akteur*innen)</p> <p>Bewertung regionaler, nachhaltiger Lebensmittel als Teil der Daseinsvorsorge → deshalb Schutzstatus/Kataster für landwirtschaftliche Flächen</p>	<p>Schutz, Unterstützung und Anerkennung der Nahversorgungsleistung des Kleinen</p> <p>Wille zur Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu nachhaltigen Produkten für alle Menschen (auch auf dem Land)</p>	<p>Gesellschaftliche Wertschätzung der Gemein- und Naturwohlleistungen (öffentliche Finanzierung)</p> <p>Persönliche Beziehungen/Kontakte zwischen Konsument*innen und Produzent*innen</p> <p>Zielsetzung einer Verringerung von Lebensmittelverschwendung</p> <p>Grad der Verankerung ökologischer Handlungskonzepte in Ausbildung</p>	<p>Allgemein: Nachhaltigkeitsziel 2 (kein Hunger).</p> <p>Demokratie: Schwacher Bezug zu 16 (Friede, Gerechtigkeit, starker Institutionen) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele)</p> <p>Gerechtigkeit: Schwacher Bezug zu 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden)</p> <p>Bewertung: Schwacher Bezug zu 16 und 11, Bezug zu 8 (Menschenwürde, Arbeit und Wirtschaftswachstum) wäre möglich, scheitert aber an der Wachstumsfixierung von SDG 8.</p>

Energie

Aus dem Energiesalon ableitbare Kriterien für *Demokratie* sind ähnlich gelagert wie bei Wald und Landwirtschaft, werden aber stärker und auch härter formuliert. Dies hängt mit der Kritik an einer Politik zusammen, die die Energiewende viel zu wenig (basis)demokratisch gestaltet. Als Kriterium wird daher zum einen die *Unterstützungsfähigkeit der Politik für transformative und bürgerschaftliche Energieinitiativen* genannt. Zum anderen wird im Kontext von Zielen die *Zielsetzung ideeller, sozialökonomischer und finanzieller Teilhabe der („betroffenen“) Menschen und Kommunen vor Ort* angesprochen. Zusammengefasst wird mit beiden Kriterien ein Teilhabeproblem als demokratisches Defizit formuliert.

Gerechtigkeit wird im Transformationsfeld Energie explizit mit Blick auf Stadt-Landverhältnisse angesprochen. Als Kriterium wird erstens die *Suffizienzbereitschaft* genannt, insbesondere die der Städte. Wären diese energiesuffizienter, so hätte das Land weniger Lasten mit Bezug auf Energiebereitstellung zu tragen. Weiter wird ähnlich wie bei der Landwirtschaft der *Schutz und die Unterstützung der Kleinen* als Gerechtigkeitskriterium genannt. Schließlich ist „*Verfahrensgerechtigkeit*“ ein Kriterium, das eng mit dem genannten Demokratieproblem verbunden ist.

Bewertung wird auch im Kontext von Energie nicht eng ökonomisch gefasst. Vielmehr wird das *Primat regionaler Wertschöpfung vor Ort* als wichtiges und im Grunde an die Politik gerichtetes Kriterium genannt. Ein weiteres Kriterium bezieht sich auf die „*Verbesserung von Energie-Speichermöglichkeiten*“. Es ist mit Bewertung insofern verbunden, als dass dieses Kriterium mit einer *zeitlichen Steuerung industrieller Produktionsprozesse* verbunden wird. Ähnlich wie einleitend für den Wald erwähnt liegt eine andere Werthaltung dort vor, wo sich nicht die Herstellung und Speicherung von Strom und Wärme nach der Industrie richtet, sondern umgekehrt die Industrie ihre Produktionsprozesse zeitlich und räumlich an der Verfügbarkeit von Wärme und Strom ausrichtet.

Die Verknüpfung mit den Nachhaltigkeitszielen ist für den Energiebereich am schwersten herzustellen. Auf der allgemeinen Ebene liegt sie bei Ziel 7 (Bezahlbare und saubere Energie). Ein starker Bezug lässt sich jedoch nicht herstellen, weil Ziel 7 ähnlich wie Ziel 8 stark mit „Wachstum“ verknüpft ist und keine Suffizienzperspektive entfaltet. Bezogen auf *Demokratie* gibt es schwache Bezüge zu *Ziel 17* (Partnerschaften). Ein starker Bezug kann nicht hergestellt werden, weil *die politische Unterstützungsfähigkeit des Transformativen in den SDGs nicht abgebildet* wird. Ähnlich verhält es sich mit *Gerechtigkeit*. Es gibt schwache Bezüge zu den *Nachhaltigkeitszielen 11* (Nachhaltige Städte und Gemeinden), *16* (Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen) und *17* (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele). In *Nachhaltigkeitsziel 12* („Nachhaltiger/r Konsum und Produktion“) wird das „Weniger“ von Suffizienz nur im Sinne von (Ressourcen)effizienz und

Effektivität abgebildet: „mehr und besser mit weniger zu machen“. Schließlich lässt sich auch bei Bewertung nur ein schwacher Bezug zu den *Nachhaltigkeitszielen* 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) 16 (Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) herstellen.

In die Matrix eingetragen ergibt sich folgende Abbildung:

	Demokratie	Gerechtigkeit	Bewertung	Bezug zu Nachhaltigkeitszielen (SDGs)
Energie	<p>Unterstützungsfähigkeit der Politik für transformative und bürgerschaftliche Energieinitiativen</p> <p>Zielsetzung ideeller, sozialökonomischer und finanzieller Teilhabe der („betroffenen“) Menschen/Kommunen vor Ort</p>	<p>Suffizienzbereitschaft (insbes. der Städte)</p> <p>Schutz und Unterstützung der Kleinen</p> <p>Verfahrensgerechtigkeit</p>	<p>Primat regionaler Wertschöpfung vor Ort</p> <p>Perspektive auf Verbesserung von Energie-Speichermöglichkeiten sowie einer zeitlichen Steuerung industrieller Produktionsprozesse</p>	<p>Allgemein: Nachhaltigkeitsziel 7 (Bezahlbare und saubere Energie).</p> <p>Demokratie: 17 (Partnerschaften), politische Unterstützungsfähigkeit des Transformativen wird in SDG 7 nicht abgebildet.</p> <p>Gerechtigkeit: Schwacher Bezug zu 11, 16 und 17, da Suffizienz in SDGs nicht abgebildet ist.</p> <p>Bewertung: Ebenfalls schwacher Bezug zu 11, 16 und 17</p>

Die Transformationsfelder übergreifend

Mit Blick auf die Problemdimension *Demokratie* werden die *Vermarktungs- und Vernetzungsinitiativen regionaler avantgardistischer Akteur*innen* positiv als demokratischer Beitrag bzw. als Kriterium für „mehr“ Demokratie genannt. Weiter stellt eine *Öffnung öffentlicher Betriebe* (z.B. Forstbetriebe, Stadtwerke) für *genossenschaftliche Strukturen und für bürgerschaftliche Teilhabe* ein demokratiesensibles Kriterium dar, verknüpft mit der *strikten Ausrichtung am Gemeinwohl*. Auch übergreifend und nicht nur bezogen auf den Wald wird die *Transformationsfähigkeit der Politik* als Kriterium genannt. Für transformative und an Nachhaltigkeit ausgerichtete Demokratie spielt weiter der *erweiterte Zeithorizont* als Kriterium eine Rolle. Hier geht es insbesondere um die *Herstellung von Planungssicherheit durch langfristige politische Programme*. Im Hinblick auf *Klimaschutz* wird dessen *Verankerung im Budget von Kommunen* als Kriterium für Klimademokratie gesehen. Er sollte *Pflichtaufgabe* und nicht freiwillige Zusatzaufgabe sein. Ein weiteres Kriterium ist die *Anerkennung der politischen Verpflichtung zur Schaffung von Bedingungen für die Nachhaltigkeitstransformation anstelle einer Verantwortungsverschiebung in den individuellen Konsum*. Schließlich wird die *Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor* als Kriterium angesehen und auch damit begründet, dass *motivierete Mitarbeitende* mit ausreichender Expertise zu gewinnen sind.

Kriterien für nachhaltige *Gerechtigkeit* sind erstens *politische Vorgaben zur Internalisierung von Umweltkosten* und zweitens eine *stärkere Förderung nachhaltiger Produktionspraktiken*. Drittens stellen *solidarische Kostensysteme* ein Gerechtigkeitskriterium dar, denn sie können einen *gleichberechtigten Zugang zu nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen* ermöglichen. Ein viertes und mit dem ersten verbundenes Kriterium ist die *Zielsetzung eines Ausbaus internationaler Umweltstandards* zur Vermeidung einer Verlagerung von Umweltkosten ins Ausland. Schließlich ist fünftens die *Transparenz des Mehr- oder Minderwerts bestimmter Produktionspraktiken für das Gemeinwohl* transformationsfeldübergreifend als Gerechtigkeitskriterium relevant.

Für die Problemdimension *Bewertung* werden vier Kriterien genannt. Erstens und grundlegend soll *Wertschöpfung mit Fokus auf die vorhandenen natürlichen Ressourcen* erfolgen und *nicht anhand einer Nachfrage durch den „Markt“*. Zweitens stellt anstelle von Wachstum und monetären Gewinnen *die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Aspekten in der Bewertung von Effizienz, Erfolg, Wirtschaftlichkeit* ein Kriterium dar. Es kann sich zum Beispiel dann finden lassen, wenn die Anzahl der Arbeitsplätze und nicht die monetäre und flächenbezogene Größe gefördert würde. Ein weiteres, im Grunde avantgardistisch-innovatives

Kriterium ist die *Förderung sektorübergreifender und systemischer, komplexer Problembeschreibungen und Lösungsansätze*. Sie kann mit kombinierter Landnutzung wie Agroforstwirtschaft oder Agrophotovoltaik einhergehen. Schließlich stellen *Dialogbereitschaft und die Ermöglichung von Dialogchancen* – gerade auch über ideologische Gräben hinweg – ein Kriterium für das Finden und Stärken erfahrungsbasierter und praxisnaher Lösungen dar.

Bezüge zu den *Nachhaltigkeitszielen* ergeben sich insbesondere aus *SDG 15* (Leben an Land). Hier steckt einerseits das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Nutzung der Landökosysteme und einer Verhinderung der Verschlechterung natürlicher Lebensräume, wie die Salonteilnehmenden sie praktizieren und auf vielen Ebenen fordern. Vor allem aber das *Unterziel 15.9* „*Bis 2020 Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die nationalen und lokalen Planungen [...] und Gesamtrechnungssysteme einbeziehen*“ ermöglicht vielfältige Bezüge zu den Bedürfnissen avantgardistischer Akteur*innen. In der Indikatorik (Statistisches Bundesamt 2021, siehe <https://sdg-indikatoren.de/15/>) wird die Integration von Naturwerten jedoch nur durch die „*Umsetzung des Systems der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen*“ bewertet, also nur anhand der Regelmäßigkeit des Erscheinens eines allgemeinen Berichts. Da Deutschland einen solchen Bericht regelmäßig erstellt, schneidet es bestmöglich ab. Der Indikator sagt jedoch nichts über die Qualität der Integration dieser Werte in der Praxis aus: welche Rolle spielen solche Bewertungen im Wirtschaftssystem? Oder vor allem auch in der politischen Subventionspraxis? Nur die praktische Nutzbarmachung einer Bemessung von Ökosystemwerten könnte einen Beitrag für eine Nachhaltigkeitstransformation leisten. Hier lässt sich an *SDG 12* (Nachhaltige/r Produktion & Konsum, <https://sdg-indikatoren.de/12/>) anknüpfen (siehe auch unten, S. 19), das vor allem für die Ebenen *Gerechtigkeit* und *Bewertung* eine Rolle spielt. Hier findet sich ganz konkret das Ziel einer Abschaffung schädlicher Subventionen für fossile Energieträger (*Unterziel 12.c*) und es bleibt im Lichte der Salon-Ergebnisse zu hoffen, dass dies erfolgreich umgesetzt (im Indikator fehlen bisher Daten) und auf weitere schädliche Subventionspraktiken ausgeweitet wird. Insgesamt werden in *SDG 12* nachhaltige Produktionsmuster und -verfahren angestrebt, allerdings finden sich neben der Facette in der Subventionspraxis wenig Hinweise auf konkrete Instrumente zur Steuerung. Freiwillige Nachhaltigkeitsberichte (*Unterziel 12.6*) sind nur schwer als Steuerungsversuch zu deuten. Nachhaltige öffentliche Beschaffung (*Unterziel 12.7*) wäre ein konkreter Schritt mit Vorbildcharakter und potenziellem Markteinfluss, leider lässt sich in der Indikatorik der Umsetzungsgrad nicht ablesen. *SDG 16* (Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen) wiederum zeigt eingeschränkt Bezüge zur Ebene *Demokratie* dort, wo es um transparente und partizipatorische Institutionen geht. Dass es nirgends um *nachhaltige* Institutionen geht, verweist auf ein allgemeines Problem der SDGs: Eine Nachhaltigkeitstransformation des politischen Systems und Selbstverständnisses wird in den Zielen nicht abgebildet – in den Aussagen der avantgardistischen Praxisakteur*innen lässt sich jedoch ablesen, dass genau hier die größten Bedarfe zu Ermöglichung und Verpflichtung nachhaltigen Wirtschaftens liegen.

In die Matrix eingetragen ergibt sich folgende Abbildung:

	Demokratie	Gerechtigkeit	Bewertung	Bezug zu Nachhaltigkeitszielen (SDGs)
übergreifend	<p>Vermarktungs-/Vernetzungsinitiativen regionaler av. Akteur*innen</p> <p>Eine Öffnung öffentlicher Betriebe (z.B. Forstbetriebe, Stadtwerke) für genossenschaftliche Strukturen und bürgerschaftliche Teilhabe, sowie ihre strikte Ausrichtung am Gemeinwohl</p> <p>Transformationsfähigkeit der Politik (ist nicht nur ein Waldthema)</p> <p>Herstellung von Planungssicherheit durch langfristige politische Programme</p> <p>Verankerung von Klimaschutz im Budget von Kommunen (statt Ausnahmecharakter durch Beantragung)</p> <p>Anerkennung der politischen Verpflichtung zur Schaffung von Bedingungen für die Nachhaltigkeitstransformation (statt Verantwortungsverschiebung in den individuellen Konsum)</p> <p>Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor um motivierte Mitarbeitende mit ausreichender Expertise zu gewinnen</p>	<p>(Politische Vorgaben zur) Internalisierung von Umweltkosten</p> <p>Stärkere Förderung nachhaltiger Produktionspraktiken</p> <p>Solidarische Kostensysteme, die einen gleichberechtigten Zugang zu nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen ermöglichen</p> <p>Zielsetzung eines Ausbaus internationaler Umweltstandards (zur Vermeidung einer Verlagerung von Umweltkosten ins Ausland)</p> <p>Transparenz des Mehr- oder Minderwerts bestimmter Produktionspraktiken für das Gemeinwohl</p>	<p>Wertschöpfung mit Fokus auf die vorhandenen natürlichen Ressourcen, nicht anhand einer Nachfrage durch den „Markt“</p> <p>Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien in der Bewertung von Effizienz, Erfolg, Wirtschaftlichkeit (statt Wachstum und monetäre Gewinne). Z.B. Förderung nach Arbeitsplätzen statt Größe</p> <p>Förderung sektorübergreifender / systemischer, komplexer Problembeschreibungen und Lösungsansätze – z.B. auch kombinierte Landnutzung wie Agroforstwirtschaft oder -photovoltaik</p> <p>Dialogbereitschaft und -chancen über ideologische Gräben hinweg (um erfahrungsbasierte/praxisnahe Lösungsfindung zu stärken).</p>	<p>Allgemein: SDG 15 (Leben an Land)</p> <p>Demokratie: eingeschränkt SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen)</p> <p>Gerechtigkeit: SDG 12 (Nachhaltige Produktion & Konsum) und SDG 15 (Leben an Land)</p> <p>Bewertung: SDG 12 (Nachhaltige Produktion & Konsum) und SDG 15 (Leben an Land)</p>

Eher dem Status Quo verhaftet als transformativ? Kleiner Exkurs zu Indikatoren der SDGs 12 und 15

Im Waldbereich sind die Bezüge zu Ziel 12, *Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen* im Hinblick auf den gesellschaftlichen Umgang mit Holz besonders stark – ein Thema, das die Praxisakteur*innen im Waldsalon intensiv beschäftigt hat. Allerdings formulieren die Salonteilnehmenden das Bedürfnis nach einer übergeordneten Steuerung für die Holzverwendung. Dieses Bedürfnis wird in den Indikatoren des Nachhaltigkeitsziels 12 nicht abgebildet, die stärker auf die Bildung von Konsument*innen abzielen denn auf Steuerungs- und Planungsinstrumente. Was im Ziel zumindest vage abgebildet ist, ist das avantgardistische Bedürfnis nach einer *Steigerung der Effizienz im Umgang mit Holz*: es wird einerseits auf das Umweltmanagementsystem EMAS verwiesen (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/produzieren-konsumieren-181666>), das explizit Ressourceneinsparungen zum Ziel hat (<https://www.emas.de>), andererseits ist der Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch in der Indikatorik ein Thema (<https://sdg-indikatoren.de/12/>). Für das Salon-Kriterium *Diversifizierung der Anwendungsfelder für verschiedene Holzsortimente* bräuchte es weiterführende Forschung und einen stärkeren Dialog zwischen Industrie und Wissenschaft – obwohl das Thema Forschung für das SDG 12 eine Rolle spielt (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/produzieren-konsumieren-181666>) findet es sich nicht in dessen Indikatorik. Was überdies fehlt, ist eine visionäre Auseinandersetzung mit einer grundlegenden Transformation der Wirtschaftsstrukturen. In den konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu SDG 12 (ebd.) findet sich zwar ein „Kompetenzzentrum nachhaltiger Konsum“ (www.k-n-k.de) und das besagte Umweltmanagementsystems EMAS soll über den effizienteren Ressourceneinsatz hinaus Anreize für Umweltschutz und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme schaffen. Indem die Bundesregierung ausschließlich Stellschrauben innerhalb bestehender Konsum- und Produktionsmuster adressiert, bleibt die Programmatik jedoch in den Strukturen verhaftet, die keinen Raum für vorsorgendes Handeln im Sinne von Empathie und Kooperation vorsehen, wie es die Avantgardist*innen fordern und im Kleinen bereits praktizieren.

Weiter ist mittels des Indikators 15.2.1, *Fortschritt bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung*, vorgesehen, Aussagen über bestehende *Waldflächen mit einem unabhängig geprüften Wald-Management-System* zu treffen. Doch sind die Daten hierzu auf der Seite erstens nicht einsehbar. Zweitens ist nicht transparent, wie hoch die Nachhaltigkeitsstandards dieser Prüfung sind. Drittens kann vor dem Hintergrund des massenhaften Absterbens deutscher Waldflächen nicht per se von einer Nachhaltigkeit der deutschen Forstpraxis ausgegangen werden.

Kategorien

Im ersten Abschnitt haben wir formuliert: Unserer Einschätzung nach münden die aus den Salons ableitbaren Kriterien weniger in Indikatoren für resiliente und gerechte nachhaltige Regionalentwicklung, vielmehr scheinen hinter den Kriterien „Kategorien“ im Sinne einer grundlegend anderen, transformativen Denk- und Anschauungsweise auf. Wir versuchen nun, diese aufscheinenden Kategorien mit Unterstützung der Ökonomin Adelheid Biesecker aufzuspüren. Wir wollen diesen Prozess offen gestalten, nicht apodiktisch. Die Salonerzählungen sollen nicht nachträglich in einen kategorialen Rahmen gepresst werden. Vielmehr verweisen sie umgekehrt darauf, dass die ganze Geschichte anders angeschaut, anders gedacht und anders erzählt werden muss. Dazu sind andere Kategorien nötig.

Kooperation

Kooperation als Kategorie meint nicht vor allem die „strategische Kooperation“ („gemeinsam erreichen wir mehr“), wie sie beispielsweise in der Vertragstheorie von John Locke angelegt ist. Vielmehr fassen wir in Anlehnung an Elinor Ostrom Kooperation als grundlegende menschliche Fähigkeit auf:

„Es gibt gewichtige Belege dafür, dass die Menschen eine ererbte Fähigkeit besitzen, zu lernen, Reziprozität und soziale Regeln so zu nutzen, dass sie damit ein breites Spektrum sozialer Dilemmata überwinden können.“²

Diese Kooperationsfähigkeit der Menschen wird auch von der neueren neurobiologischen und medizinischen Forschung bestätigt. So betitelt z.B. der Mediziner und Psychiater Joachim Bauer sein Buch von 2007 mit „Das Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren“, und schreibt im Umschlagstext: „Die beste Droge für den Menschen ist der Mensch.“ (Bauer 2007) Hinter Kooperation steckt somit ein anderes Menschenbild als der homo oeconomicus. Es ist eben nicht das isolierte, seinen Nutzen maximierende Individuum, sondern das sozial eingebettete und von sozialen Beziehungen abhängige Ich. Die Avantgardist*innen repräsentieren dieses andere Menschenbild.

Kooperation als Kategorie hat für Elinor Ostrom auch eine *ökonomische Dimension*. Sie widerspricht dem „Markt“, wie wir ihn aktuell kennen, denn dieser „regelt“ über Konkurrenz. Um sich entfalten zu können, braucht Kooperation andere Räume als den Markt. Auch die Erzählungen der Avantgardist*innen thematisieren mehrfach die Notwendigkeit einer Alternativstruktur zum Markt. Elinor Ostrom setzt hier nicht auf den Staat, sondern auf Institutionen, auf Regelsysteme, die

² Das Zitat entstammt einem Interview von Volker Stollorz mit Elinor Ostrom am 1. November 2010, siehe auch Stollorz 2011.

kooperatives Handeln ermöglichen. Mithilfe dieser neuen institutionellen Arrangements wird das Handeln nicht über Preise koordiniert (wie am Markt), sondern über von allen Beteiligten anerkannte Regeln. Diese Regeln enthalten auch Regeln der Bewertung. In diese fließen alle Kosten und Nutzen ein, die die Beteiligten für berücksichtigungswert halten. Bei Ostrom geht es vor allem um Regeln zur Nutzung und gleichzeitigen Erhaltung/Erneuerung von Commons, Gemeingütern. Hier geht es um Regeln für kooperatives ökonomisches Handeln im Gemeinwesen, wie z.B. beim CSA³-Prinzip. Andere Beispiele sind Genossenschaften, Netzwerke oder andere Kooperationsstrukturen wie Energieautonome Regionen oder gemeinschaftliches öffentliches Sorgen („Das Dorf übernimmt den Generationenvertrag“) (Lang; Wintergerst 2011, S. 77).

Über solche neuen institutionellen Arrangements kann eine Basisstruktur für kooperatives Handeln entstehen. Durch sie werden Anbieter*innen und Nachfrager*innen miteinander koordiniert, und/oder sie ermöglichen ein gemeinsames (produktives) Handeln zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Gemeinwesen. Die Gemeinwesenforscherin Susanne Elsen schreibt dazu: „Es geht bei Projekten der Gemeinwesenökonomie immer auch um die kollektive Produktion von Wissen, die Reduzierung von Abhängigkeit und die Aneignung und Schaffung von Voraussetzungen für menschliches und soziales Gedeihen. Dieser Prozess ist von eminenter politischer Bedeutung. Er ist verbunden mit der Herausbildung neuer institutioneller Arrangements und einer neuen Gewichtung des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft.“ (Elsen 2015, S. 177)

Im Gegensatz zum anonymen Markt entstehen hier Bindungen durch persönliche Kontakte und Vertrauen – durch Beziehungen. Kommunikation und Sprache spielen eine große Rolle. Wir nennen die neue, den neoliberalen Markt ersetzende Kategorie versuchsweise *beziehungsgestützte Kooperationsstruktur*.

Kooperation gehört auch zu den Handlungsprinzipien Vorsorgenden Wirtschaftens. Hier geht es sowohl um Kooperation zwischen Menschen mit verschiedenen Tätigkeiten (Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Bürgerschaftliches Engagement z.B.) als auch um Kooperation zwischen Mensch und Natur. Insbesondere Letztere macht deutlich, dass Kooperieren vielfältige Synchronisation bedeutet: quantitativ (wieviel kann uns die Natur geben), qualitativ (was gibt sie uns, und was geben wir ihr zurück?), zeitlich (in welchen Rhythmen geschieht das, wie passt das industrielle lineare Zeitmodell dazu?) und räumlich (wo kann diese Kooperation gut gelingen?). Da insbesondere über die Zeit-Dimension die Zukunft mit hereinkommt, sprechen wir beim Vorsorgenden Wirtschaften von vorsorgend-verantwortlicher Kooperation. Denn vorsorgend Handeln bedeutet, in langen Zeithorizonten handeln zu können, also gerade so, wie es der erwähnte Bericht zu den SDGs

³ Community Supported Agriculture

von 2022 bei der aktuellen Politik angesichts der virulenten Krisen nicht sieht. Im übertragenen Sinne sind in dieser langen Frist die zukünftigen Generationen die Kooperationspartner*innen der heute Lebenden.

Zugleich ist Kooperation eine *politische Kategorie* und betrifft das Verhältnis zwischen formaler Politik und Bürger*innen. Wir nennen die politische Ausprägung von Kooperationsfähigkeit versuchsweise Responsivität.

Responsivität

Responsivität meint die politische Bereitschaft, den Repräsentierten zu antworten, auf sie zu reagieren und ihren Anliegen zugänglich zu sein. Der Begriff ist im Kontext der anglo-amerikanischen Demokratietheorie entstanden (Pitkin 1967). Doch betritt Responsivität im politischen Raum und in der politischen Theorie nicht ohne „Repräsentation“ die Bühne:

„Responsivität der Politik gegenüber den Repräsentierten, also Aufnahmefähigkeit, Offenheit, Bürgernähe etc., sind ebenso Komponenten von Repräsentationsbeziehungen wie Verantwortung, Unabhängigkeit und Führung seitens der Repräsentanten“. (Schüttemeyer 1995, S. 551)

Repräsentation ist von der Wortbedeutung und Wortherkunft eher ein schöner als ein formaler Begriff und meint, sich das noch nicht oder nicht mehr Gegenwärtige wieder gegenwärtig zu machen. Sie erfordert in dieser Lesart viel an Einfühlungsvermögen und kreativer Phantasie. In der politikwissenschaftlichen Debatte spielt das Konzept der repräsentativen Demokratie in einem Spannungsfeld: Weil auf der einen Seite der zu repräsentierende Wille der Wähler*innen kein homogen-einheitlicher ist, käme die Politik zu gar nichts mehr, wenn sie versuchen würde, sich danach zu richten. Auf der anderen Seite haben die Repräsentierten nur im Moment der Wahl die Möglichkeit, die Repräsentant*innen zu bestimmen. Danach sind diese in ihren politischen Entscheidungen nur noch den parlamentarischen Fraktionen der Parteien verpflichtet. Sie agieren oft fern von ihren Wähler*innen. In diesem Zusammenhang ist der Begriff der Responsivität entwickelt worden, u.a. als Versuch, Brücken zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu finden. Der Politikwissenschaftlerin Hanna Fenichel Pitkin zufolge muss jedoch die Ausnahme sein, dass politische Akteur*innen in ihren Entscheidungen und Prioritäten von jenen ihrer Wähler*innen abweichen.

Wir wählen diese Kategorie, weil die Avantgardist*innen sich erstens von den politischen Vertreter*innen nicht genügend repräsentiert sehen, weil sie zweitens die Fähigkeit zu antworten vermissen und weil drittens Responsivität eine inhaltliche und sprachliche Verwandtschaft zur „Verantwortung“ hat.

In unserem Verständnis meint Responsivität etwas Gegenseitiges: es verlangt nach politischen Strukturen, in denen es Entscheidungstragenden überhaupt ermöglicht wird, die Bedürfnisse individueller Teile ihrer Bevölkerung zu hören und zu verstehen. Daher „funktioniert“ Responsivität nicht einfach so. Vielmehr braucht es Räume des Austausches, der Aushandlung und der Mitgestaltung. Responsiv ist demnach keine Eigenschaft eines abstrakten politischen Systems, sondern eine Qualität der reziproken Beziehung zwischen Staat und Bürger*innen. Damit ist Responsivität keine Einbahnstraße, sondern auch Bürger*innen und soziale Gruppen brauchen sie. Eine responsive Politik wäre also eine, die sich an Bedürfnissen und sozialen Beziehungen orientiert und sich durch Kooperation und Solidarität über marktwirtschaftliche Zwänge erhebt. Das wäre eine avantgardistische und gleichermaßen zeitgemäße Form der Demokratie. Denn erstens haben Menschen ein Recht auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten (wie die zur Kooperation). Martha Nussbaum zufolge ist es Aufgabe der Politik, diese Entfaltung zu ermöglichen. Somit enthält die Kategorie der Responsivität auch das, was die Avantgardist*innen als Transformationsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit von Politik und Verwaltung ansprechen. Zweitens verweist Responsivität darauf: Es geht nicht allein! Es geht an vielen Stellen in den Erzählungen der Avantgardist*innen um Formen von Gemeinsamkeit. Responsivität bedeutet ein Reagieren auf- und ein Agieren miteinander. Auch hier ist es Aufgabe von Politik, gemeinsames Handeln mit zu ermöglichen. Im Fehlen von Responsivität sehen wir einen Grund dafür, dass derzeit basale sozial-ökologische Transformationen kaum gelingen.

So gefasst ist die Kategorie Responsivität zugleich mit Kritik, mit einer weitestgehenden Ablehnung des Vorhanden und insbesondere der vorhandenen marktlichen und politischen Regulation verbunden. Die Schilderungen der Praxisakteur*innen ließen teilweise auf eine große Politikverdrossenheit schließen. Wenn die gewählten Vertreter*innen wirklich zu sehr auf ihre Wiederwahl hinarbeiten, um mutige, zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen, so bräuchte es womöglich Gelegenheiten, bei denen sie durch das Zusammensein mit Gleichgesinnten Mut fassen können. Es sind die oben erwähnten Räume, in denen ein Wir-Gefühl entsteht, das auch Entscheider*innen mitnimmt und für ihre Arbeit beflügelt. Doch persönliche Begegnungen sind im System kaum vorgesehen. Wo beispielsweise Gebietsreformen (auf Ebene von Kommunen, Verwaltungen oder auch forstlichen Revieren) zu geografisch immer größeren Einheiten führen, wird Responsivität eher verhindert denn ermöglicht. Begegnungen bleiben abstrakt und auf der Ebene von Zuständigkeit verhaftet. Eine responsive Beziehung hingegen bedarf einer praktischen, einer empathischen und zwischenmenschlichen Komponente. Auf kommunaler Ebene eignet sich das Beispiel des „offenen Rathauses“: dieses kann nur dort als responsiv gelten, wo es eine gegenseitige Begegnung und ein Verstehen auf Augenhöhe ermöglicht (statt hierarchische Begegnungen im Stile einer Audienz vorzusehen). In größeren Strukturen ist eine Begegnung auf individueller Ebene noch weiter erschwert. Hier haben Interessensvertretungen und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse einen offenkundigen Wert. Voraussetzung ist allerdings, dass das ritualisierte politische Gebaren verlernt und ein echter Austausch gelernt werden kann.

Eine andere Form, um nicht präsente Stimmen hörbar zu machen, sind Bürger*innenräte, an deren Sitzungen politische Entscheider*innen teilnehmen. Räte, die nicht als Werkzeug zur Legitimation unbequemer Entscheidungen verstanden werden, sondern als Chance, vielfältige Perspektiven nachzuvollziehen und demokratische Willensbildung jenseits parteipolitischen Kalküls zu erfahren.

Schließlich birgt Responsivität noch eine weitere Chance: durchlässige Grenzen und empathische Beziehungen ermöglichen eine Ausweitung des Responsiven über die (physische) menschliche Gemeinschaft hinaus. Vorsorgendes Handeln umfasst neben der Sphäre der kooperativen Ökonomie auch die Sphäre der lebendigen Demokratie. Es liegt eine politische Herausforderung darin, den engen Zeithorizont der Legislaturperiode zu überwinden, Rücksicht auf zukünftige Generationen zu nehmen und gesellschaftliche Naturverhältnisse nachhaltig zu gestalten. Dazu gehört, ökologische Grenzen zu akzeptieren und auf ökologische Krisen auch dann antworten zu können, wenn die Antwort den Rahmen des üblichen Tagesgeschäfts verlässt. Dazu gehört, reziproke Wechselbeziehungen zu verstehen und anzuerkennen – und die politische Fähigkeit, Empathie auch für nicht-menschliches Leben zu erlernen. Klein sind die Herausforderungen also nicht. Doch sie anzunehmen ist unumgänglich, wenn sozial-ökologische Responsivität als Grundbedingung für eine zukunftsfähige Politik angesehen wird.

Damit eine solche Politik Wirklichkeit werden kann, braucht es neben der ökonomischen und der politischen eine dritte Kategoriendimension. Sie umfasst die „Rationalität“, die dem politischen Handeln zugrunde liegt. In Anlehnung an Michel Foucault (Foucault 2004) kann der Begriff „Gouvernementalität“ mit der Frage assoziiert werden: Wes Geistes Kind ist das Regieren? Von welcher Mentalität wird Regieren bestimmt? Den Erzählungen der Avantgardist*innen folgend muss diese Kategorie einen Abschied von der naturbeherrschenden und industriologischen Vernunft darstellen. Wir nennen sie versuchsweise Konvivialität.

Konvivialität

Der Begriff ist von dem Philosophen, Kulturkritiker und Theologen Ivan Illich geprägt worden. Er steht in Zusammenhang mit Technikentwicklung und technischem Fortschritt. In seinem Buch „Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik“ (im Englischen „Tools for Conviviality“, Illich 1973, deutsch 1975) schreibt Illich: „Unter Konvivialität verstehe ich das Gegenteil der industriellen Produktivität. Wir alle definieren uns im Verhältnis zu anderen und zur Umwelt durch die Grundstruktur der Werkzeuge, die wir verwenden. Diese Werkzeuge können wir über ein Kontinuum verteilen, an dessen einem Extrem das beherrschende Werkzeug, an dessen anderem Extrem das konviviale Werkzeug steht. Der Übergang von der Produktivität zur Konvivialität ist der Übergang von der Reproduktion des Mangels zur Spontaneität der Gabe.“ (Illich 1975, S. 32)

In den Salons sind von den Avantgardist*innen Kritiken an der industriellen Logik formuliert worden: Nicht der Wald muss liefern, was die Industrie braucht, sondern die Industrie muss nehmen, was der Wald kann. Nicht die Energie muss dort sein, wo die Industrie sie braucht, sondern die Industrie muss dort sein, wo Strom und Wärme angeschmiegt an (natur)räumliche Gegebenheiten erzeugt werden können. In der Kritik an der industriellen Logik schwingt ebenso wie in der von Illich entwickelte Konvivialität zugleich eine Kritik an der naturbeherrschenden Vernunft mit.

Dieser Zusammenhang erschließt sich plastisch über den großen Naturbeherrschungsphilosophen Francis Bacon. Er setzt alles auf den Sieg der Kunst (sie steht bei ihm im Kontext der damals „mechanischen Künste“, heute Technik genannt) im Wettlauf mit der Natur (Bacon, 1990 [1620], S. 245). Bacon steht für den instrumentellen Aspekt von Naturbeherrschung. Ihm zufolge kommt alles darauf an, die Natur den menschlichen Anliegen und Vorteilen gehorsam zu machen (ebenda, S. 415). Die von ihm als Frau gedachte Natur unterliegt keinem Tabu und keinem Verbot. Der als Mann gedachte Geist lernt zunächst von der Natur und entreißt sodann ihrem Schoß die Geheimnisse, um ihr im Handeln gebieten zu können. Gelingt dies, so kann der göttliche Fluch überwunden und können paradiesische Verhältnisse auf Erden schon errichtet werden. Die Philosophie von Francis Bacon lässt sich auf die Formel „Wohlstand durch Naturbeherrschung“ bringen.

Seine Vorstellungen hat er in der Morgendämmerung der Moderne entwickelt und sie sind bis heute prägend (wenn beispielsweise dem Klimawandel mittels Ozeandüngung, um das Wachstum von Algen, die CO₂ speichern, anzuregen, begegnet werden soll). Die ältere kritische Theorie von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno sieht in der Naturbeherrschung und insbesondere in der Baconischen Philosophie eine Ursache für die „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer; Adorno 1969 [1944]). Es ist die dunkle Seite der Aufklärung gewesen, die den Nationalsozialismus mit ermöglicht hat. Horkheimer und Adorno fassen im Gegenzug und in kritischer Abgrenzung „Natur“ als das „Nichtidentische“, als das, was sich der kapitalistischen, marktlichen Verwertungslogik entzieht und etwas Eigenes und auch Widerspenstiges darstellt.

Die von Francis Bacon der Moderne in die Wiege gelegte Naturbeherrschungsphilosophie ist in Bezug auf „Mitwelt“ (Meyer-Abich 1990), auf „Mitgeschöpfe“ und auf „Mitproduktivität“ von Natur kaum zu gebrauchen. Vielmehr zeigen die aktuellen multiplen Krisen (wie Pandemien oder die Klimakrise), wie wenig diese „Vernunft“ in der Lage ist, die Natur zu beherrschen.

Hier zeigt sich zugleich die Aktualität der avantgardistischen Naturverständnisse. Sie beziehen sich teils auf die Würde und Unantastbarkeit von Natur und teils auf öko-systemische Zusammenhänge (beispielsweise den Wald in Verbindung mit Boden und Wasser zu denken). Sie treffen sich in der Vorstellung von Natur

als etwas Elementarem, als die Lebensgrundlagen, von denen auszugehen ist. Sie halten dies nicht für eine Wunschvorstellung, sondern halten es mit Bezug auf das Überleben von Menschen und ihrer Kultur für geboten.

Deshalb ist die Kategorie der Konvivialität nicht auf eine andere, mitfühlende oder lächelnde Vernunft reduzierbar. Andrea Vetter greift die Konzeption von Ivan Illich auf und entwickelt in ihrem demnächst erscheinenden Buch zur Konvivialen Technik fünf Kriterien für eine Technikethik in der Postwachstumsgesellschaft: Verbundenheit, Zugänglichkeit, Anpassungsfähigkeit, Bio-Interaktion und Angemessenheit (Vetter 2023). Hier wird deutlich, dass die Kategorie der Konvivialität zugleich der Suffizienzorientierung und dem Suffizienzanliegen vieler Avantgardist*innen entspricht.

Doch es bleibt noch etwas darüber hinaus. Konvivialität müsste mehr sein als Politische Kritik der Technik und als Technikethik. Sie würde auch ein Denken und Fühlen und Handeln bezeichnen, das in der Lage ist, das Andere – sei es als Natur oder als andere Menschen(gruppe) – zu kennen und anzuerkennen. Sie ist somit eine relationale Kategorie. Sie enthält ein sorgendes und fürsorgliches Element. Sie trägt auch Facetten von Kooperation mit sich, weil es um „mit“ geht und nicht um „über“.

Die kategoriale Bedeutung des Kennens und Anerkennens des Anderen ist uns noch nicht in allen Facetten greifbar. Wir finden Anhaltspunkte für ein anderes Bezogensein von Eigenem und Anderem insbesondere bei Michel Foucault und seinem Ansatz „Das Wahrsprechen des Anderen“ (Foucault 1988). Hier ist das Element der Sorge und Fürsorge integriert, weil Foucault nicht auf ein absolutes, sich sozusagen selbst genügendes Subjekt setzt, sondern die Sorge um sich stets mit der Sorge um das Andere und die Anderen verknüpft ist. Der foucaultsche Ansatz entspringt zugleich dem, was Foucault als „kritische Haltung“ bezeichnet: „ein bestimmtes Verhältnis zu dem, was existiert, zu dem, was man weiß, zu dem, was man macht, ein Verhältnis zur Gesellschaft, zur Kultur, ein Verhältnis zu den anderen“. (Foucault 1992, hier zitiert in Posselt 2022)

Ausblick

In den drei Salons sind Kriterien für gelingende sozial-ökologische Transformationsprozesse in der Region Lübeck und über sie hinausgehend angesprochen worden. Mit Bezug auf „Demokratie“ verweisen sie darauf, dass Politik in ihrer derzeitigen Verfassung und Verfasstheit sozial-ökologische Transformationsanliegen der Avantgardist*innen kaum unterstützt. Vielmehr wären Kooperationsfähigkeit, Transformationsfähigkeit und Strategiefähigkeit (gerade auch mit Blick auf langfristige Ziele) Kriterien für eine gelingende politische Gestaltung. Die Kriterien verweisen zugleich darauf, wie wichtig es ist, neben den Fluss zu treten und

die eigene Regierungsmentalität reflektieren zu können. Auch mit Blick auf „Gerechtigkeit“ erschließen sich neue Horizonte für politisches und gesellschaftliches Handeln. Ein Kriterium liegt in jener Empathiefähigkeit, die im Sinne ökologischer Gerechtigkeit ein Gespür dafür hat, was Natur (als Wald, als Boden, als Wasser, als Biodiversität...) braucht. Damit einher müsste eine mutige Politik gehen, die sich über das üblich Vorhandene hinaus traut, das Kleine und die Nahversorgungsleistungen ebenso zu schützen wie starke Vorgaben zur Internalisierung von Umweltkosten zu machen. Mut wäre auch hinsichtlich von „Bewertung“ erforderlich geht es doch darum, regionale Wertschätzung mit Fokus auf die vorhandenen natürlichen Ressourcen zu ermöglichen und sie nicht primär einer „Nachfrage“ durch einen abstrakten „Markt“ zu überlassen.

Die genannten Kriterien lassen sich nicht einfach in die im Kontext der Nachhaltigkeitsziele entwickelte Indikatorik einfügen. Wird das einleitend vorgestellte, weitere Indikatorenverständnis zugrunde gelegt, so wird vielmehr deutlich: Die Beiträge der avantgardistischen Akteur*innen in den Handlungsfeldern Wald, Landwirtschaft und Energie gehen über die SDGs und ihre Indikatorik hinaus. Sie können dazu beitragen, diese zum einen weiter zu entwickeln und auszudifferenzieren. Auch wenn die globalen und nationalen Nachhaltigkeitsindikatoren überwiegend nicht auf den Werten und Interessen der Avantgardist*innen basieren, findet sich umgekehrt womöglich auf der regionalen Landesebene eine Tür, an die sie mit ihren nachhaltig transformativen Anliegen (beispielsweise zur Suffizienz und zum Gemein- und Naturwohl) anknüpfen könnten. So hat beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern die 17 Ziele mit Beispielen aus der Praxis unterlegt (Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2018).

Die Beiträge der avantgardistischen Akteur*innen führen auch dazu, zugrundeliegende Annahmen und Ausrichtungen der Nachhaltigkeitsziele und Indikatoren kritisch zu hinterfragen und neu zu denken. Dies deutet darauf hin, dass nicht nur Indikatoren, sondern dass auch Kategorien im Sinne einer grundlegend anderen, transformativen Denk- und Anschauungsweise nötig sind. Zum Gelingen sozial-ökologischer Transformationsprozesse gehört unserer Einschätzung zufolge auch, dass die Geschichte nachhaltiger, sozial-ökologischer und regionaler Transformationen anders angeschaut, anders gedacht und anders erzählt werden kann. Also haben wir versucht zu fassen, welche Kategorien hinter den von uns gefundenen Kriterien aufschimmern, und haben in erster Annäherung gefunden: kooperativ (Kooperationsfähigkeit und beziehungsgestützte Kooperationsstruktur), responsiv (fähig zu antworten und zur auch langfristigen Verantwortung, sich an sozialen Beziehungen und Bedürfnissen orientierend) und konvivial (mental von einem anderen, weniger instrumentell-herrschaftlichen Naturverständnis ausgehend und fähig, Natur und Menschen auch als Andere und Anderes anzuerkennen).

Dank

Christine Katz und Daniela Gottschlich haben unseren Text kritisch gegengelesen und viele für uns wertvolle Anregungen und Hinweise gegeben. Insbesondere unser Ausblick ist aufgrund ihrer Anmerkungen positiver und hoffnungsvoller geworden – auch mit Blick auf Indikatoren und das Transformationspotenzial der Avantgardist*innen.

Literatur

- Bacon, Francis 1990 [1620]: Neues Organon. Lateinisch-deutsche Ausgabe. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Krohn. Lateinischer Text: James Spedding, Robert Leslie Ellis und Douglas Denon Heath (1858). Deutscher Text: Nach Manfred Buhr in der Übersetzung von Rudolf Hoffmann und der Bearbeitung von Gertraud Korf, 1962. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Bauer, Joachim (2007): Das Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren, Hamburg: Hoffmann& Campe.
- Biermann, F., Hickmann, T., Sénit, C.-A., Beisheim, M., Bernstein, S., Chasek, P., Grob, L., Kim, R. E., Kotzé, L. J., Nilsson, M., Ordóñez Llanos, A., Okereke, C., Pradhan, P., Raven, R., Sun, Y., Vijge, M. J., van Vuuren, D., & Wicke, B. (2022): Scientific evidence on the political impact of the Sustainable Development Goals. *Nature Sustainability*, 1–6. <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00909-5>.
- Elsen, Susanne (2015): Gemeinwesen, Gemeingüter und ökosoziale Wende. In: Elsen, Susanne et al. (Hrsg.): Die Kunst des Wandels. Ansätze für die ökosoziale Transformation, München: oekom, S. 175-190.
- Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität, Band I und II, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1988): Das Wahrsprechen des Anderen. Zwei Vorlesungen 1983/84. Frankfurt a.M.: Materialis.
- Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W. 1969 [1944]: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a.M : S. Fischer.
- Illich, Ivan (1975): Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik. Reinbek: Rowohlt.
- Lang, Eva; Wintergerst, Theresia (2011): Am Fuß des langen Lebens. Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft, München: oekom.
- Meyer-Abich, Klaus Michael (1990): Aufstand für die Natur: Von der Umwelt zur Mitwelt. München: Hanser.
- Pitkin, Hanna F. (1967): The Concept of Representation. Berkeley and Los Angeles: University of California Press.
- Posselt, Gerald (2022): Die Sorge um sich und die anderen. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 2022-1: Diskursbeobachtungen – Care, Sorge und Fürsorge. Jg. 70, Heft 1, S. 116-138. Open Access unter <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/dzph-2022-0006/html>, zuletzt abgerufen am 6.12.2022.
- Sachs, Jeffrey D.; Lafortune, Guillaume; Kroll, Christian; Fuller, Grayso; Woelm, Finn (2022): Sustainable Development Report (2022): From Crisis to Sustainable Development: The SDGs as Roadmap to 2030 and Beyond. Includes the SDG Index and Dashboards. Cambridge: Cambridge University Press. Siehe auch unter <https://s3.amazonaws.com/sustainabledevelopment.report/2022/2022-sustainable-development-report.pdf>, zuletzt abgerufen am 6.12.2022
- Schüttemeyer, Suzanne S. (1995): Repräsentation. In: Lexikon der Politik, Band 1, Politische Theorien. Herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. Frankfurt am Main: Lizenzausgabe für die Büchergilde Gutenberg. S. 543-552.
- Stollorz, Volker (2011): Elinor Ostrom und die Wiederentdeckung der Allmende. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 28-30/2011, S. 3-8. Siehe auch unter <https://www.bpb.de/system/files/pdf/623VWB.pdf>, zuletzt abgerufen am 24.1.2023.

Vetter, Andrea (2023): Konviviale Technik. Empirische Technikethik für eine Postwachstumsgesellschaft. Transcript: Bielefeld, erscheint voraussichtlich im Mai 2023.

Winterfeld, Uta von (2022): West-östliche Nachhaltigkeit. Erzählungen von einem anderen Morgen. München: oekom.

Internetquellen

Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern in Kooperation mit RENN.nord MV; Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern (2018): Notizen für morgen: 17 Ziele in der Praxis. Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern. Siehe unter https://www.boell-mv.de/sites/default/files/sdg_mv_ds.pdf, zuletzt abgerufen am 6.3.2023.

Biesecker, Adelheid; Wiesler-Trapp, Alfons; Winterfeld, Uta von (2022): Wertvoll – Wenn man richtig guckt, ist es nicht nur ein Getreidehaufen. Siehe unter <https://vorab.online/neuer-vorab-impuls-wertvoll-wenn-man-richtig-guckt-ist-es-nicht-nur-ein-getreidehaufen/>, zuletzt abgerufen am 5.12.2022

Engagement Global, Service für Entwicklungsperspektiven (2023): Landkarte Zeichnungskommunen der Agenda 2030 Resolution. Siehe unter <https://skew.engagement-global.de/zeichnungskommunen-agenda-2030.html>, zuletzt abgerufen am 13.3.2023.

Forschungszentrum für Nachhaltigkeit der Freien Universität Berlin (2023): Indikatoren. Siehe unter <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/grundlagen/ffn/forschung/steuerung/indikatoren/index.html>, zuletzt abgerufen am 13.3.2023.

Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum (2023): Nachhaltiger Konsum ist möglich! Siehe unter <https://nachhaltigerkonsum.info/>, zuletzt abgerufen am 13.3.2023

Martens, Jens (2017): Agenda 2030 kommunal. Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Städten und Gemeinden. Siehe unter https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/GPF-Briefing_1117_Agenda2030_kommunal.pdf, Zuletzt abgerufen am 5.12.2022.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2022): Globale Nachhaltigkeitsstrategie. Nachhaltigkeitsziele verständlich erklärt. Siehe unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-erklaert-232174>, zuletzt abgerufen am 5.12.2022.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2021. Siehe unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/Publikationen/Downloads-Nachhaltigkeit/indikatoren-0230001219004.pdf;jsessionid=084225F60F54DE94466B7AF9C8949F96.live712?_blob=publicationFile, zuletzt abgerufen am 5.12.2022.

UN SDG Action Campaign (2022): The Sustainable Development Goals Report 2022 — Cascading global crises threaten human survival and the SDG roadmap is the way forward. Siehe unter <https://unsdgaction.medium.com/sdg-report-22-8df94729a0fd> zuletzt abgerufen am 5.12.2022.